

[CDU Kreistagsfraktion Cloppenburg – sebastian.vaske@k-clp.de](mailto:sebastian.vaske@k-clp.de)

Landkreis Cloppenburg
Herr Landrat Wimberg
Eschstraße 29
49661 Cloppenburg

Cloppenburg, 05.12.2023

Resolution

Sozialen Zusammenhalt stärken – Krisen und Umbrüche gestalten

Der Kreistag Cloppenburg wird auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einstehen, dass der Landkreis Cloppenburg seiner sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird. Aber dieser Verantwortung können wir nur mit einer auskömmlichen und dauerhaften Finanzierung nachkommen.

Die aktuelle Haushaltslage ist besorgniserregend. Der Blick in die Zukunft ist überaus herausfordernd. Die schwierigen Jahre liegen nicht hinter uns, sondern vor uns. So sehen es auch die kommunalen Spitzenverbände. Sie rechnen für 2023 mit einem bundesweiten Defizit von 6,4 Mrd. Euro bei den Kommunen. Für 2024 wird ein Defizit in Höhe von knapp 10 Mrd. Euro erwartet. Dabei sind die Steuerrechtsänderungen durch das Wachstumschancengesetz mit Steuerausfällen in Höhe von fast 3 Mrd. Euro noch nicht berücksichtigt. Es zeigt sich für die Zukunft eine massive und dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte.

Auch dem Landkreis Cloppenburg fehlen notwendige Finanzmittel von Land und Bund, um die enormen Herausforderungen meistern zu können. Die Häufung der Krisensituationen in den letzten Jahren und die Übertragung immer neuer Aufgaben haben die Kommunen vor Herausforderungen gestellt, die nur mit erheblichen finanziellen und personellen Ressourcen zu meistern waren. Die kommunale Handlungsfähigkeit kann in Zukunft nur mit einer dauerhaften und verlässlichen zusätzlichen Finanzausstattung durch das Land und den Bund aufrechterhalten werden. Zwei Aufgabenbereiche sollen hier exemplarisch benannt werden:

1. Aufnahme, Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen.

Nach Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine hat der Landkreis Cloppenburg eine Vielzahl von geflüchteten Menschen aufgenommen, versorgt und untergebracht. Hinzu kommen Asylsuchende aus anderen Krisengebieten in der Welt. Trotz des ohnehin knappen Wohnraums haben die Städte und Gemeinden bei uns im Landkreis hierbei Großes geleistet. Das System ist aber nach wie vor von Seiten des Bundes und des Landes nicht ausreichend finanziert. Besonders bei den Folge- und Integrationskosten werden die Kommunen von Bund und Land im Regen stehen gelassen. Dabei sorgen nur ausreichende und fortlaufende Integrationsmaßnahmen für ein gesellschaftliches Miteinander. Die in der Ministerpräsidentenkonferenz vom 07.11.2023 mit der Bundesregierung vereinbarte Unterstützung kann nur ein erster Schritt sein.

2. Gesundheitsvorsorge und finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser

Der deutschen Krankenhauslandschaft stehen große Veränderungen unmittelbar bevor. Dabei muss in den kommenden Jahren von massiven Standortreduktionen ausgegangen werden. Diesen Strukturwandel müssen Bund und Länder endlich verantwortlich gestalten und nicht weiter dem Markt überlassen; Versorgungslücken müssen durch bedarfsdeckende Planungen unbedingt vermieden werden. Gleichzeitig müssen die Potentiale des medizinischen Fortschritts (sowie die Digitalisierung und die Ambulantisierung) genutzt werden, um eine effizientere Patientenversorgung hervorzubringen. Die unklare Lage zum geplanten Krankenhaustransparenzgesetz des Bundes, zu dem vom Bundesrat der Vermittlungsausschuss angerufen wurde, trägt zur Verunsicherung über die Zukunft der Krankenhauslandschaft auch bei uns in der Region bei.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser ist überaus angespannt. In 2022 hat nur noch 24 Prozent der Krankenhäuser schwarze Zahlen geschrieben. Kurzfristig sieht die weitere Prognose noch schlechter aus. Bund und Land müssen unbedingt Maßnahmen ergreifen, um wirtschaftliche Stabilität in der Krankenhauslandschaft zu ermöglichen. Strukturelle Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben der Krankenhäuser müssen geschlossen werden, um ein unkontrollierbares Kliniksterben zu vermeiden.

Der Landkreis Cloppenburg fördert, zusammen mit den Sitzkommunen, seit vielen Jahren alle Krankenhäuser im Kreisgebiet durch Zuschüsse im Investiven-Bereich. Aktuell beträgt die kommunale Förderung für die laufenden Baumaßnahmen beim St. Josefs-Hospital in Cloppenburg 7,9 Mio. € und für das St.-Marien-Hospital in Friesoythe 6,6 Mio. €. Das nun auch unsere regionalen Krankenhausträger den laufenden Betrieb finanziell nicht mehr bewältigen können, da die steigenden Personal- und Betriebskosten nicht von den zuständigen Kostenträgern gedeckt sind, ist Folge einer falschen Weichenstellung in der Gesundheitspolitik. Die Gesundheits- und Daseinsvorsorge im Landkreis Cloppenburg darf darunter nicht leiden – unsere Krankenhausstandorte sind für uns essenziell und müssen vor einer Insolvenz geschützt werden.

Der Kreistag fordert daher den Landrat auf, sich in Bund und Land folgend einzusetzen:

1. Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips (Art. 57 Abs. 4 des NKomVG), welches bestimmt, dass bei Übernahme von Aufgaben durch die Kommunen, diese entsprechend finanziell auszustatten sind.
2. Angesichts der dramatischen Finanzsituation müssen die haushaltsrechtlichen Regelungen für Kommunen flexibilisiert werden.
3. Bund und Land müssen eine auskömmliche und dauerhafte Finanzierung der durch sie an die Kommunen übertragenen Aufgaben sicherstellen.
4. Die Fördermittelpraxis mit unzähligen Programmen zu Gunsten der Kommunen mit unterschiedlichen Antrags-, Genehmigungs-, Auszahlungs- und Abrechnungsmodalitäten sollte abgeschafft und in eine gesonderte, pauschalisierte und schlüsselmäßige Mittelverteilung oder in den Kommunalen Finanzausgleich überführt werden.
5. Die Krankenhausplanung muss weiter in der Hoheit der Bundesländer liegen. Vor diesem Hintergrund wird auch eine Zuweisung der Leistungsgruppen durch den Bund nicht befürwortet.
6. Eine „kalte Strukturbereinigung“ der Krankenhauslandschaft wird ebenso nachdrücklich abgelehnt wie eine finanzielle Überforderung der Kommunen mit Blick auf kommunale Stützungszahlungen zur Insolvenzverhinderung der Kliniken.
7. Ferner wird angeregt, die sich aktuell in Liquiditätsnot befindlichen Krankenhäuser durch vom Land Niedersachsen verbürgte Liquiditätskredite zu unterstützen.

Für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land sind starke und handlungsfähige Kommunen unverzichtbar. Bund und Land müssen dabei ihren Verantwortlichkeiten ebenso nachkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sebastian Vaske
Fraktionsvorsitzender